

Hamburgr Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Lüncher und Weißbinder

Nr. 37 **Hamburg, den 15. September 1917** 31. Jahrg.

Rückblick

auf die diesjährige Bewegung für eine Teuerungszulage im Malergewerbe.

II.

In unserm ersten Artikel hoben wir in längeren Betrachtungen als hervorstechende Merkmale unserer diesjährigen Teuerungszulagenbewegung hervor, daß sie unter Zustimmung der Arbeitgeber nicht erst beim Ablauf eines Tarifvertrages oder der Vereinbarung über die erste Zulage durchgeführt wurde, ferner, daß die Arbeitgebervertretung der von Gehilfenseite dafür auch in materieller Hinsicht gegebenen Begünstigung in vollem Umfange zustimmte und die Bewegung nicht wie alle übrigen seit 1908 auf streng zentraler Grundlage geführt worden sei.

Besonders charakteristisch war weiter bei der diesjährigen Lohnbewegung ein Zurücktreten des Einflusses von Unparteiischen. Es liegt ganz in der Richtung unserer Auffassung, daß hier jede Ueberspannung und jeder Schematismus vom Uebel sind. Ohne auf die Mitwirkung unparteiischer Herren, deren uneigennütziges Wirken und tatsächliches Verdienst wir bei der Gestaltung unserer Tarifverhältnisse sehr hoch schätzen, etwa verzichten zu wollen, würden wir es doch als einen Gewinn betrachten, wenn die beteiligten Parteien mehr als bisher die Lohnbewegungen in selbständigen gemeinsamen Beratungen vorbereiten und die natürlich auch in Zukunft sicher nicht geringen Differenzen in den bestehenden Auffassungen und Ansprüchen mit allen Kräften zu beseitigen oder doch herabzumindern versuchen. Erst wenn auf diesem Wege keine Uebereinstimmung zu erzielen ist, sollte von guten Vermittlern und gegebenenfalls entscheidend eingegriffen werden. Die Vorteile dieser Praxis liegen so klar zutage, daß wir sie an dieser Stelle nicht weiter darzulegen brauchen. Hier könnte auch die bei den Beratungen über unsere Gemeinschaftsarbeit angeregte gemeinsame Beschaffung von Unterlagen zur Beurteilung der bestehenden wirtschaftlichen, sozialen und Berufsverhältnisse von Nutzen werden.

Die notwendig gewordenen Verhandlungen wurden, wie schon im Vorjahre, vom Reichsamt des Innern durch Herrn Ministerialdirektor Dr. Caspar unter Beistand des Geheimen Oberregierungsrats Siefert und Regierungsrats Dr. Sijler zwischen den Vorständen des Arbeitgeberverbandes und unserer Organisation geführt; am 16. Mai wurden schließlich je zwei weitere Organisationsvertreter hinzugezogen. Vor und neben diesen Verhandlungen wurden wiederholt getrennte Beratungen mit den erwähnten Parteivertretern abgehalten, außerdem berieten aber auch diese mehrfach gesondert. Die Verhandlungstechnik ist sonach diesmal von der bisherigen sehr verschieden gewesen; sie zeichnete sich durch große Beweglichkeit und durch Vermeidung jedes Formalismus aus und gewährte der freien Entschiedenheit der beiderseitigen Organisationen einen weit größeren Spielraum als die feitherige von unsern Tarif- und Verhandlungsinstanzen bei unsern zentralen Tarifverhandlungen eingeschlagene Praxis. Das ist indes in der Hauptsache auf den Kriegszustand und darauf zurückzuführen, daß die Arbeitgebervertretung in richtiger Erkenntnis der Sachlage unsern aus den Verhältnissen hervorgegangenen Ansprüchen keinen wesentlichen Widerstand entgegensetzte, der, wie früher, durch eine umständliche Beweisführung in ausgedehnten Verhandlungen vor einem größeren Personentriebe und nach entscheidendem Eingreifen der Unparteiischen überwunden zu werden brauchte.

Neu war das Einrufen der Landesregierungen durch das Reichsamt des Innern, damit diese entweder den in Betracht kommenden Vorständen des Gewerkschafts oder einem andern geeigneten Gewerbegerichtsvorsitzenden bestimme, dafür Sorge zu tragen, daß die Parteien (in den einzelnen Gauen) sich entweder unmittelbar verständigen, oder, wenn dies zu keinem Ergebnis führen sollte, in Verhandlungen unter seinem Vorsitz eine Einigung versuchen.

Diese Bemerkungen wurden im Gauverband Norddeutschland, Ost- und Westpreußen, in Bayern und für Mannheim in Anspruch genommen. In der Provinz Brandenburg in Mitteldeutschland, Süddeutschland und Württemberg einigten sich die Vorstände direkt.

Als sehr wichtig hat sich die Frage der Hinzuziehung der verschiedenen bestehenden Organisationen unseres Gewerbes zu den allgemeinen Tarifberatungen erwiesen. Auf der Seite der Gehilfen bestehen hierbei keine Differenzen mehr; diese wurden 1908 schnell erledigt. Die drei Arbeitgeberorganisationen aber finden sich noch nicht zu gemeinsamer Arbeit auf wirtschaftlichen und sozialen Gebieten zusammen. Hier wirkt noch die Erregung über die äußeren Vorgänge nach, die feinerzeit zur Trennung führten. Wohl waren bei den vorjährigen Verhandlungen im Reichsamt des Innern alle drei Verbände vertreten, doch sonderte sich der Westdeutsche Malermeisterverband durch Vertretung des Verhandlungsergebnisses ab, nahm es aber einige Wochen später mit einer geringfügigen Abänderung in freier Verhandlung mit den Vorständen der Gehilfenorganisationen an. — Bei den gemeinsamen Beratungen über die Hebung unseres Berufes im November vorigen Jahres wurden dann wieder alle drei Organisationen berücksichtigt. Auch hierbei verhielt sich der Westdeutsche Verband ablehnend (wie er erklärt, wegen zu später Einladung), während sich der Bund deutscher Dekorationsmaler mit einem sehr passiv gehaltenen Vertreter begnügte. So kam es hier wieder auf Arbeitgebersseite zu keinem gemeinsamen Wirken. Bei der letzten Lohnbewegung lehnte indes der Arbeitgeberverband ein Hinzuziehen der andern Verbände ab, was die Gehilfenorganisationen veranlaßte, mit den beiseite Stehenden gesondert zu verhandeln. Von diesen ist nachträglich beim Reichsamt des Innern gegen die widerwärtige Zurücksetzung protestiert worden. Wenn wir auch für die von uns vertretene Sache in den getrennten Verhandlungen keine Benachteiligung erliden können, so doch auch keinen Vorteil. Schon im Interesse einer schnelleren und korrekteren Erledigung unserer Tarifbewegungen wünschen wir gemeinsame Verhandlungen aller in Betracht kommenden Organisationen. Es entspricht ferner der Gerechtigkeit, bei so allgemeinen Berufsangelegenheiten nicht nur alle Gehilfenorganisationen unbekümmert um ihre allgemeine Bedeutung zuzuziehen, sondern auf der Gegenseite in gleicher Weise zu verfahren.

Mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler und dem Westdeutschen Malermeisterverband wurde also getrennt verhandelt. Jener forderbe hierauf seine Mitglieder im offiziellen Verbandsorgan wiederholt auf, „in allen Städten, in welchen vom Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und vom Westdeutschen Malermeisterverband Teuerungszulagen bewilligt wurden, diese anzuerkennen“. — Mit dem Vorstand des Westdeutschen Verbandes wurde am 19. April in Darmen unter Hinzuziehung der Arbeitgebervertreter aus den beteiligten Orten verhandelt; von Gehilfenseite waren zwei Vertreter unseres und der Vorstände des christlichen Verbandes zugegen. Am 10. Juli wurde über eine weitere Erhöhung der hierbei bewilligten Zulage verhandelt und diese für demnächst kommende Gelegenheit zugesichert. — Auch dort, wo wir mit den Arbeitgebern in einem örtlichen Tarifverhältnis stehen, wurde die gleiche Zulage wie allgemein festgesetzt.

Auf Gehilfenseite wurden die Bewegung und die mannigfachen Verhandlungen im besten Einvernehmen der drei am Reichstagsvertrag beteiligten Organisationen geführt, jedoch dabei unserer Verbandsleitung die Ausführung und Erledigung der Vorbereitungen und Zwischenverhandlungen mit den Arbeitgebervertretern und den als Vermittler wirkenden Vertretern des Reichsamts des Innern übertragen.

Wie wir übersehen können, hat der Verlauf und das Resultat der hier geschilderten Bewegung unter der Gehilfenschaft, soweit das materielle Ergebnis in Frage

kommt, die Auffassung verbreitet, daß die gewährten Zulagen kein Ausgleich für die eingetretene bedeutende Verteuerung der Lebensverhältnisse sind, und in keinem Verhältnis zu der Erhöhung der übrigen Produktionskosten stehen. Andererseits aber wird die Bewegung doch als ein gang erheblicher Erfolg unserer Organisationen anerkannt, denn ohne deren Eingreifen und entschiedenes Bemühen wäre nichts oder doch nur sehr wenig geschehen. Dabei wird die schlechte Lage des Malergewerbes voll gewürdigt und berücksichtigt, daß es den leitenden Kreisen des Arbeitgeberverbandes keine geringen Schwierigkeiten bereitet, ihre weniger großzügig denkenden, an pfennigweise Lohn-erhöhungen und an den Widerstand gegen jeden Anspruch der Gehilfenorganisation gewöhnten Mitglieder ohne weiteres von der Notwendigkeit und der Zweckmäßigkeit eines fast entgegengesetzten Verhaltens zu gewöhnen. Die hier einschlagende Kurve ist so scharf, daß sie nicht ohne manche Hemmungen genommen werden kann. Jedenfalls, so sehen wir im Interesse einer vernünftigen Entwicklung unserer Tarifverhältnisse und beiderseitigen Organisationsfähigkeit voraus, wird dies durch gezielte Aufklärungsarbeit noch überwunden. Denn es muß auf dem jetzt eingeschlagenen Wege so lange weitergehen, bis die Lohnverhältnisse unserer Kollegen mit ihren Lebensverhältnissen im Einklang stehen, damit der Beruf nicht an dem sanft fühlbar werdenden Mißverhältnis schmerzlichen Schaden leidet.

Ausführlicheres Material über die Bewegung ist unter andern in den Nummern 16 bis 19 und 22 dieses Jahres des „Hamburgr Anzeiger“ enthalten. In Nr. 24 sind die amtlichen Schriftstücke im Anschluß an die zentralen Verhandlungen auszugswiese abgedruckt, und in Nr. 29 ist über den Abschluß der Bewegung und über die Stellungnahme der Arbeitgeber in den einzelnen Gauen berichtet. Die meiste Beachtung verdient hier, was dabei über den Widerstand festgestellt wird, der in völliger Verkennung der herrschenden Zeitverhältnisse und der Pflicht zu einer nicht von Angstlichen Ermüdungen diktierten Auffassung von der Mehrzahl der Arbeitgebervertretung Bayerns geleistet wurde.

Schon werden wir daran gemahnt, daß im kommenden Februar der bestehende Reichstagsvertrag abläuft. Wir hoffen, daß dann die beteiligten Organisationsleitungen sich in gleicher Weise ihren jetzt wirklich nicht leichten Aufgaben und der Verantwortung vor ihren Mitgliedern und der Öffentlichkeit gewachsen zeigen. All denen zum Trost, die da meinen, es müsse trotz des Weltkrieges und seiner gewaltigen Lehren genau so weiter gegangen werden wie vordem.

Fassen wir das materielle Ergebnis der diesjährigen Bewegung zusammen, so ergibt sich folgendes: Die Bewegung erstreckte sich auf 8125 Malereibetriebe mit 8678 in diesen beschäftigten Gehilfen, und zwar nach dem Stande von Ende Juni dieses Jahres. (Im Juni vorigen Jahres stellten wir in den gleichen Orten noch 10 288 Betriebe und 12 782 Beschäftigte fest.)

Es wurde vereinbart eine Teuerungszulage für 1917 — ausschließlich der im Vorjahre zur Anzahlung gekommenen — für die Stunde

unter 10 \mathcal{A}	für 1200 Betriebe mit 1405 Gehilfen
von 10 und 11 \mathcal{A}	2378 " " 2217 "
" 12 bis 15 "	2305 " " 2378 "
" 16 " 18 "	98 " " 104 "
" 19 \mathcal{A} u. mehr "	2144 " " 2579 "

Danach erstreckte sich die Zulage unter 10 \mathcal{A} auf 14,77 pZt. der Betriebe mit 16,19 pZt. der Gehilfen, von 10 bis 15 \mathcal{A} auf 57,64 pZt. der Betriebe mit 52,80 pZt. der Gehilfen, von mehr als 15 \mathcal{A} auf 27,59 pZt. der Betriebe mit 31,01 pZt. der Gehilfen.

Auf der folgenden Seite drucken wir eine Tabelle der 1916 und 1917 festgesetzten Teuerungszulagen und die also gegenwärtig bestehenden Mindestlöhne ab.

Die Tariflöhne einschließlich Teuerungszulage für die Malereibetriebe in den Jahren 1916 und 1917.

Table with columns for Ort, Lohngebiet, Tarifzeit, Teuerungszulage, and Tariflöhne. It lists various locations and their corresponding wage rates for different years.

Gegen die Hebung des Lehrlingswesens durch die Gewerkschaften.

Die wegen ihrer Schanzmacherei gegen alles, was von Arbeiterseite zur Besserung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse...

Unter den gewerblichen Vereinen, denen insbesondere bei der Berufsbetätigung ein hervorragender Einfluss eingeräumt werden sollte, sind die Gewerkschaften nicht erwähnt...

Dazu bemerkt nun das genannte Organ: Nach dieser Stellungnahme sei nicht die Förderung der Sache das Ziel der Gewerkschaften bei ihrer angestrebten Teilnahme...

Aus der zitierten Notiz soll folgen - die Arbeitgeberzeitung steht gern Gespenster - hervorgehen, daß wir das Lehrlingswesen zum Gegenstand künftiger Wirtschaftskämpfe machen wollten.

Das Interessanteste aber ist, daß man heute schon erlernen will, daß es den Gewerkschaften gar nicht ernst mit der Regelung des Lehrlingswesens wäre. Denn bis heute sei außer schönen Reden nicht bekannt geworden...

Es hieße den Wert dieser durchsichtigen Schreiberei, die aus Handwerkerkreisen stammen soll, deren Ursprung in Wirklichkeit aber von einer Seite kommt, die wohl kaum zu den Handwerkerkreisen zu rechnen ist...

Die Beratungen unserer Berufsvertretungen im November vorigen Jahres haben gezeigt, daß unsere Arbeitgeber die Notwendigkeit einer verständigen Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Lehrlingswesens anerkennen...

Stenous geht nämlich hervor, daß es nicht an uns liegt, wenn praktisch noch nichts zur Durchführung der feineren gefassten Beschlüsse getan worden ist; daß die geplante Gemeinschaftsarbeit also erst beginnen soll.

Von unsern Kollegen im Felde.

Das Eisenerz Kreuz zweiter Klasse erhielten die Kollegen Anton Dollmüller von der Filiale Ebn, Heinrich Stange und Julius Andresen von der Filiale Riel.

Aus unserm Beruf.

Kollege Noack gefallen.

Wieder wurde durch den grausamen Krieg ein braver Kollege und hervorragender tätiger Mitstreiter aus unsern Reihen gerissen. Kollege Mag Noack, Vorsitzender und Angestellter unserer Filiale Dresden, ist nach Mitteilung seines Kompanieführers am 16. August einer am Tage vorher erlittenen schweren Verwundung erlegen.

Kollege Noack wurde, 42 Jahre alt, am 17. Juni 1916 eingezogen und als Sanftturmmann ausgebildet. Am 28. November kam er an die Front. Den ungeheuren Strapazen bei großer Kälte in den rumänischen Bergen konnte er schwer widerstehen; darum mußte er lange Zeit im Lazarett zubringen. Wie er trotz aller Anstrengungen stets um das Wohl seiner Familie und unserer Organisation besorgt war, geht aus all seinen Mitteilungen an uns hervor. Noch fünf Tage vor seinem Tode schrieb er an unsern Verbandsvorstand:

Liebe Kollegen! Sendet Euch von der rumänischen Kampffront die herzlichsten Grüße. Bin noch wohlbehalten und wünsche, daß es im Interesse meiner Familie so bleiben möchte. Habe jetzt hier schwere Tage durchzumachen. — Guren Brief erhalten; es war für mich eine angenehme Abwechslung, wieder einmal auf andere Gedanken gebracht zu werden. Hoffentlich kommen bald bessere Zeiten, in denen unsere Organisation wieder kräftig vorwärts kommt. Grüße an alle bekannten Kollegen.

Das hierauf abgeschickte Antwortschreiben hat ihn nicht mehr erreicht. Wir und besonders auch die Kollegen der Filiale Dresden, für die er seit 1908 als Angestellter und seit 1908 als Mitglied in den vordersten Reihen wirkte, betrauern in dem uns auf so tragische Weise und viel zu früh Entzessenen einen außerordentlich befähigten, umsichtigen und gewissenhaften Kollegen. Sein ruhiges, trotz alledem aber entschiedenes Auftreten, wenn es die Verteidigung der Sache seiner Massengenossen galt, sicherte ihm überall die größten Sympathien. Die Lektüre, die er auch in den Dienst der allgemeinen Arbeiterbewegung stellte, vermochten auch schwere Schlafschläge in der Familie nicht zu lähmen.

Sein Andenken wird von uns dauernd in Ehren gehalten werden.

Aus Unternehmerkreisen.

Für die Verkürzung der Lehrzeit hat sich der Bund deutscher Buchbinderinnungen auf seiner letzten Tagung in Eisenach ausgesprochen. Immer mehr bricht sich in Handwerkerkreisen die Überzeugung Bahn, daß mit den jetzigen Lehrungsverhältnissen gebrochen werden muß, wenn dem Handwerker der notwendige Nachwuchs erhalten werden soll. So führte auf der oben erwähnten Tagung der Referent Dr. Weder von der Berliner Behringvermittlungszentrale unter anderem aus, daß sich die meisten Jugendlichen jetzt den Fabriksbetrieben und der Industrie zuwenden, weniger dem Handwerk, daher der große Mangel an gelerntem Arbeitern. Man müsse auch Front gegen die rein mechanische Ausbildung der Jugend machen. Tüchtige Handwerker müssen herangezogen werden, darin liegt unsere Zukunft und dazu gehören Zentralisierung der Behringvermittlung und eine gute Berufsberatung. Aber auch an der richtigen, gewissenhaften Ausbildung seiens der Lehrmeister mangelte es oft sehr. Ferner müssen die Unterhaltssätze unbedingt erhöht und Lehrstipendien geschaffen werden. Die Regierungen der einzelnen Bundesstaaten werden sich zu Gebührligen für diese Zwecke verstehen müssen.

Herr Gahn von der Berliner Buchbinderkammer trat für dreieinhalbjährige Lehrzeit ein, befürwortete Erhöhung des Kostgeldes und Wegfall der häuslichen Arbeiten der Lehrlinge. Er sei früher Gegner der weiblichen Lehrstipendien gewesen, sei jedoch durch Kriegserfahrungen eines andern belehrt worden. Ein anderer Redner wies auf den Widerwillen der Berliner Buchbindermeister bei Verkürzung der Arbeitszeit hin, das helfe aber nichts; denn schließlich würde die Verkürzung der Lehrzeit auf gezieltem Wege erfolgen. Handwerkskammersekretär Dr. Stier-Weimar redete gleichfalls einer Verkürzung der Lehrzeit das Wort, denn viele Gewerbe kämen schon mit der dreijährigen Lehrzeit aus, ebenso der Heranziehung der Lehrlinge aus den intelligenteren Volksschichten. Vor allem seien auch gute Fachschulen nötig. Waschhausen-Darlsruhe beantragte folgende Entschlieung, die einstimmige Annahme fand:

1. Die Lehrzeit beträgt dreieinhalb Jahre; 2. die Höhe des Kostgeldes richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen; 3. nebenberufliche Beschäftigung ist zu unterlassen, gewisserhafte Berufsausbildung ist die Hauptsache.

Der Wert dieser Entschlieung wird dadurch herabgemindert, daß sie von einem Meister aus Süddeutschland gestellt wurde, wo die dreijährige Lehrzeit im Buchbinder-gewerbe vorherrschend ist. Es hätte daher in der Entschlieung heißen müssen: Die Lehrzeit beträgt „höchstens“ dreieinhalb Jahre, damit in Süddeutschland keine Verschlechterung eintritt. Für Norddeutschland, wo die vierjährige Lehrzeit die Regel bildet, bedeutet dagegen die Entschlieung einen Fortschritt. Bei gewissenhafter Ausbildung genügt eine dreijährige Lehrzeit in allen Gewerben vollständig.

Bewerkschaftliches.

Bestimmung zwecks Erhöhung des Beitrags im Sattlerverband. Die am 11. August abgehaltene Konferenz des Ausschusses, Vorstandes und der Gauleiter des Sattler- und Portseffenerverbandes regte die Frage der Erhöhung des Verbandbeitrages an, um nach dem Kriege allen an den Verband zu stellenden Anforderungen in bezug auf Kampf- und Unterhaltungs-gelder genügen zu können. Vorstand und Ausschuss beschloßen darauf einstimmig, eine Urabstimmung anzuberaumen und den Mitgliedern die Frage vorzulegen: Soll ab 1. Januar 1918 der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder um 15 %, für weibliche Mitglieder um 10 % erhöht werden? Die Urabstimmung findet in der Zeit vom 1. bis 8. Dezember 1917 statt. Nur Mitglieder, die mindestens 18 Wochen dem Verbands angehören und mit ihren Beiträgen nicht länger als acht Wochen im Rückstande sind, dürfen an der Abstimmung teilnehmen.

25 Jahre Stuttkateurenorganisation. Wie wir der letzten Nummer des „Grundstein“ entnehmen, waren es am 17. August dieses Jahres 25 Jahre, daß in Stuttgart auf dem dritten Kongreß der Stuttkateure und Gipser der Deutsche Stuttkateurenverband gegründet wurde. Die vorhergehenden Kongresse hatten sich für die Lokalorganisation ausgesprochen; aber nachdem im März 1892 der erste Gewerkschaftskongreß sich für die zentrale Verbandsform entschieden hatte, folgten auch die Stuttkateure diesem Beschluß. Leider kam es auf dem Kongreß zu einer Spaltung. Die Vertreter von Berlin, Dresden, Elberfeld-Barmen und Stuttgart beschloßen, obwohl sie in der Minderheit waren, an der Lokalorganisation festzuhalten, während die Vertreter der übrigen Städte zur Gründung des Zentralverbandes schritten, den seinen Sitz in Ebn erhielt. Am 1. September 1892 trat der neue Verband ins Leben. Lange, ererbte Kämpfe mußten in den ersten Jahren nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Lokalkräfte geführt werden. Aber dennoch setzte sich der Verband durch. Bis zum ersten Verbandstage, der 1898 in Cassel stattfand, hatten sich bereits 25 Städte angeschlossen. Im Jahre 1897 löste sich auch die Lokalorganisation in Berlin auf und trat dem Verbands als Filiale bei; damit war die letzte Stütze der Lokalkräfte gefallen.

Nun hatte sich aber mittlerweile auch das Unternehmertum zusammengeschlossen und versuchte mit allen Mitteln, den Verband zu vernichten, der ihm durch manche glückliche beendeten Lohnkämpfe ernste Sorge bereite. In Ebn, wo sich die Stuttkateure bereits 1898 die achteinhalbstündige Arbeitszeit erkämpft hatten, kam es zur Aussperrung, die neun Wochen dauerte. Die folgenden Jahre brachten mit immer ständiger Steigerung des Mitgliederbestandes auch immer größere Kämpfe mit den Unternehmern des Baugewerbes. Das Jahr 1910 brachte die großen Kämpfe im Baugewerbe, und damit stand auch der Stuttkateurenverband vor einer sehr schweren Aufgabe. Für fast drei Viertel aller Mitglieder liefen die Tarifverträge ab. Es gelang zwar, für einen Teil der Lohnbezirke Verträge abzuschließen, aber in allen Orten Süddeutschlands sowie im Rheinland und in Westfalen kam es zum Streik, beziehungsweise zur Aussperrung. Rund 8000 Mitglieder standen fast ununterbrochen 19 volle Wochen im Kampf und annähernd 400 000 mußten in dieser Zeit an Streikunterstützung aufgebracht werden. Dieser Kampf endete mit Unterstüfung der übrigen Gewerkschaften Deutschlands mit einem vollen Erfolge für die Stuttkateure. — Am 1. Januar 1912 vollzog der Verband den Anschluß an den Bauarbeiterverband mit einer Mitgliederzahl von 10 780 und einem Vermögen von 231 000 in der Hauptkasse und 111 067 in den Kassen der Filialen.

Den Aufgaben, die dem Verbands bei seiner Gründung gestellt wurden, ist derselbe in bester Weise gerecht geworden. Als am 1. Januar 1912 der Zusammenschluß erfolgte, waren 71,8 pZt. aller organisationsfähigen Stuttkateure und Gipser, die man auf rund 15 000 schätzen konnte, in der Organisation vereint, und die Lage der Berufsangehörigen hatte sich sehr erheblich gebessert. Nicht nur, daß für mehr als 80 pZt. der Berufsgenossen die Arbeitszeit auf 8 bis 8½ Stunden täglich verkürzt worden war, sondern auch die Löhne waren gegen 1892 fast ausnahmslos um 150 pZt. und mehr erhöht worden. Die Gesamtlage der Arbeiter der Stuttkateure hatten sich wesentlich gebessert, und diese Besserung hat auch innerhalb der Reihen des Deutschen Bauarbeiterverbandes nicht nachgelassen. Mit berechtigtem Stolz darf daher die Organisation auf ihre fünfundsanzwanzigjährige Tätigkeit zurückblicken. Der im Jahre 1892 bei der Gründung gewählte Vorsitzende Oberthal hatte während der ganzen Zeit die Leitung der Organisation in Händen und gehört heute dem Vorstande des Deutschen Bauarbeiterverbandes an, wo er nach wie vor die Interessen der Gipser und Stuttkateure vertritt.

Arbeiterversicherung.

Der 22. deutsche Ortskrankentag wird am 17. und 18. September dieses Jahres im Gewerbehause zu Dresden abgehalten. Die Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt: Zukunftsaufgaben der Krankenkassen (Geheimrat Dr. Kaufmann-Berlin). Die Fürsorgeorganisationen und die Krankenkassen: a) Waisen-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge (Oberarzt Dr. Roth-Berlin); b) Fürsorge für Augenranke (Oberstabsarzt Dr. Wofchermer-Dresden); c) Fürsorge für Geschlechtsranke (Sanitätsrat Dr. Cohn-Dresden). Die fachärztliche Behandlung der chronischen Krankheiten, mit Röntgenbildern (Spezialarzt Dr. Braun-Berlin). Aenderung der Reichsversicherungsordnung (Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal und Rechtsanwalt Dr. Baum-Berlin). Die Arztfrage (Geschäftsführer Helmut Lehmann-Dresden). Die Arzneiverordnung der Krankenkassen (Rassenborstand Bram-Nemscheid). Die Vereinbarungen zur Durchführung der §§ 219 ff. RVO. (Verwaltungsdirektor Jrenzgel-Dresden). Mitteilung über die beabsichtigte Gründung einer Ruhegehaltsversicherung deutscher Krankenkassen. Errichtung einer Ausstellungsvereinigung der Ortskrankenkassen (Direktor Albert Kohn-Berlin). Aenderung der Verbandsfassung (Verbandsvorsitzender Fräulein Dresden). Geschäftsbericht (Geschäftsführer Helmut Lehmann-Dresden). Neuwahlen, Anträge, Mitteilungen.

Sozialpolitisches.

Die Abnung für vermählte Kriegsteilnehmer. Die Abnung Vermählter kann an die Angehörigen ganz oder zum Teil gezahlt werden, wenn der Vermählte ganz oder überwiegend der Ernährer dieser Angehörigen war und diese bedürftig sind. Ob dieses der Fall war, muß durch eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde nachgewiesen werden.

Zu den Angehörigen gehören nicht nur die Ehefrau und die ehelichen oder legitimierten Abkömmlinge, sondern auch Verwandte der aufsteigenden Linie, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Ernährer der Vermählte in dem oben bezeichneten Umfange war.

Unehelichen Kindern — wenn sie nicht Pflegekinder der Vermählten waren —, Pflegeeltern, Stiefeltern und der Braut darf eine solche Bewilligung nicht zugesprochen werden.

Die Bewilligung erfolgt durch das Kommando des Bataillons (Abteilung) oder Kavallerieregiments, dem der Vermählte unterstellt war. Anträge sind daher auch an diese Stelle zu richten. Sie entscheiden endgültig über die Gewährung, über die Höhe des Betrages und den Zeitpunkt des Beginns der Zahlung.

Nach einer neuen Verfügung der Kriegsverwaltung soll die Weiterzahlung der Abnung für vermählte Kriegsteilnehmer mit Ablauf des letzten Tages des auf das Vermählensein folgenden sechsten Kalendermonats in der Regel aufhören. Statt der Abnung werden von diesem Zeitpunkt ab, sofern auf Grund des § 44 des Militärhinterbliebenengesetzes eine Versorgung möglich ist, Vorschüsse bis zur Höhe der zu bewilligenden Gehältnisse gezahlt werden. Der Antrag auf Gewährung solcher Zuwendungen muß an die stellvertretende Intendantur des betroffenen Armeekorps entweder direkt oder durch Vermittlung der Polizeibehörde oder der amtlichen Kriegsfürsorgestelle gerichtet werden. Bedingung für die Zahlung ist aber, daß der Vermählte die Angehörigen ganz oder im wesentlichen „erhalten“ hat, sonst kann nur die Hälfte der Abnung noch drei Monate weitergezahlt werden. Hat sich aber das Schicksal des Vermählten binnen 15 Monaten (vom Tage des Vermählenseins an) nicht aufgeklärt, so erfolgt die amtliche Festsetzung der Hinterbliebenenbezüge auch ohne Zutun der Familienangehörigen durch die stellvertretende Intendantur, wobei die den Angehörigen inzwischen über die ersten drei Monate nach dem Vermählensein hinaus gezahlte Kriegs-Familienunterstützung, jedoch nur bis zur Höhe der Hinterbliebenenbezüge, angerechnet wird. Die Hinterbliebenenbezüge gelten alle auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes festgesetzte Renten, Kriegs-Obertagegelde usw., sowie auch die durch spätere Verordnungen vorgesehene, bis zur späteren Gesetzesänderung gewährten einmaligen, jedoch in monatlichen Beträgen gezahlten Unterstüfungen. Insofern dieser neuen Verordnung ist vor allem die Einschränkung der Lohnungszahlungen, ferner aber auch die Beseitigung von Ungleichheiten, wie solche in der Art, wie die Abnung bisher durch die einzelnen Kreispentale gewährt wurde, bestanden.

Genossenschaftliches.

Die man sich nicht versichern soll. Es ist ein besonderes Merkmal der privaten Volksversicherung, daß die überaus meisten Versicherungsnehmer ihre Versicherungen nur auf recht kurze Dauer abschließen und die durchschnittlich beantragte Versicherungsdauer aller in Deutschland bestehenden Volksversicherungen kaum 15 Jahre beträgt. Wenn man gegen die private Volksversicherung den Vorwurf erhebt, daß sie für den Versicherten unrentabel ist und nichts als eine recht teure Zwangspolice sei, weil er meistens mehr an Prämien zu entrichten habe, als er im Versicherungsfalle von der Gesellschaft ausgezahlt bekommt, so ist diese kurze Dauer in erster Linie schuld daran. Denn da naturgemäß während einer längeren Versicherungsperiode viel weniger Versicherte sterben als während einer längeren, erleben die meisten den Endtermin der Versicherung, und die Tatsache, daß aus den Prämien dieser Personen die Versicherungssummen frühzeitig Verstorbener gedeckt werden müssen und die Prämien infolge der beträchtlichen Verwaltungskosten der Gesellschaften an sich schon recht hoch sind, hat zur Folge, daß die Summe der eingezahlten Prämien die Versicherungsleistung beim Ablauf der Versicherung erheblich übersteigt. Obwohl also für den Versicherungsnehmer außerordentlich unvorteilhaft, wird die kurze Dauer von den Privatgesellschaften und ihren Agenten doch lebhaft propagiert, einmal, weil sie den Gesellschaften ganz besonders sichere Gewinnchancen bieten insofern, als ein tatsächliches Risiko für sie dadurch fast vollkommen ausschließt, und zweitens, weil sie den Agenten höhere Provisionen einbringen. Der einsichtige Versicherungsnehmer wird aber bedenken, daß die vornehmste Aufgabe der Lebensversicherung die ist, beim Tode des Versicherten die Hinterbliebenen vor Not zu schützen, und wird deshalb beim Abschluß der Versicherung eine möglichst lange Dauer wählen, jedenfalls eine solche, während der er die Prämien ohne Schwierigkeiten zahlen zu können glaubt. Auch wird er, wenn er keine Versicherung nicht als einen Zugus, sondern als eine ernste Pflicht seiner Familie gegenüber betrachtet, die Prämie niemals niedriger bemessen, als seine wirtschaftliche Lage ihm unbedingt gebietet. Allerdings soll sich auch niemand über seine finanzielle Leistungsfähigkeit versichern, damit er nicht Gefahr läuft, durch eine vorzeitige Aufgabe seiner Versicherung (Verfall, Umwandlung, Mißkauf) einen empfindlichen, aber unvermeidlichen Schaden zu erleiden.

Vom Ausland.

Zur Statistik der gewerkschaftlichen Bewegung in Rußland. Der „Gewerkschaftsbote“, das Organ der russischen gewerkschaftlichen Verbände, macht über das Anwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung in Rußland folgende Angaben:

Das Moskauer Zentralbureau umfaßt 80 Verbände mit einer Mitgliederzahl von 100 000 Personen. Die Stadt Moskau zählt 46 gewerkschaftliche Organisationen. Nach ihren Gewerben werden die organisierten Arbeiter folgendermaßen verteilt: Metallarbeiter 90 000, Druckerarbeiter 12 000, Schneidermeister 18 000, Fellarbeiter 10 000, Textilarbeiter 25 000, Köche und Servierer 18 000, Feinbäcker 11 000. Die Stadt Charlou zählt ungefähr 48 gewerkschaftliche Verbände. Unlängst fand daselbst eine allgemeine städtische Konferenz statt. Es wurde ein Zentralbureau organisiert.

In Katarinobor ist der Organisationsprozeß der Gewerkschaftsvereine im Entschieden begriffen. Es gibt deren vorläufig sechs bis acht. In Woronjesch gibt es vorderhand acht gewerkschaftliche Vereine, die unter der Leitung des Zentralbureaus stehen. Der Metallarbeiterverband zählt ungefähr 8000 Mitglieder. In Scharab bestehen drei gewerkschaftliche Vereine; der organisierten Metallarbeiter sind 12 000. In Pskow sind zehn Gewerkschaftsvereine fest organisiert. Pskow hat auch ein Zentralbureau. Miew zählt 20 Gewerkschaftsvereine mit einem Zentralbureau an der Spitze. Ein Verein handelsindustrieller Angestellter (Handelsgehilfenverein) zählt ungefähr 4000 Mitglieder. In Saratow gibt es mehr als 15 Verbände. Es wird ein Zentralbureau organisiert. Der größte Metallarbeiterverein zählt 8000 Mitglieder. In Reval macht sich eine starke gewerkschaftliche Bewegung bemerkbar. Man zählt 15 Vereine. Der Metallarbeiterverein zählt 4000 Mitglieder. In Katerinowalsk sind bereits über zehn Vereine organisiert. Die Metallarbeiter allein umfassen ungefähr 10 000 Mann. Ein Zentralbureau ist im Entstehen begriffen. In Archangelst gibt es im gegenwärtigen Augenblick über zehn gewerkschaftliche Verbände. Der mächtigste unter diesen Verbänden ist der der Transportarbeiter.

Fachtechnisches.

Leinölfirnis und Leinölfirnisersatz als Artikel des täglichen Bedarfs. Die Landespreisprüfungsstelle in Bayern hat den Standpunkt eingenommen, daß Leinölfirnisersatz ein Artikel des täglichen Bedarfs ist. Auf den hierzu erhobenen Protest hat sie von neuem erklärt, daß Firnis als Gegenstand des täglichen Bedarfs erachtet werde. Demgemäß müsse entweder der ungenehmigte Handel mit Firnisersatzmitteln unterbleiben, oder die Zulassung der einzelnen Erzeugnisse zum Verkehr erwirkt werden. Begründet wird diese Auffassung damit, daß sie sich mit den Entscheidungen des Reichsgerichtes, besonders mit der vom 12. Mai 1916, decke. Danach feht die Zugehörigkeit zu Gegenständen des täglichen Bedarfs nur voraus, daß die Gegenstände solche sein müssen, für die in der Gesamtheit des Volkes täglich ein Bedürfnis vorliegen kann.

Gegenüber der Auffassung, daß Firnisersatz nicht unter die bayerische Verordnung über die Genehmigungspflicht von Erzeugnissen fällt, weil die Bezeichnung als Sammelname, nicht aber als Benennung einer bestimmten Ware zu betrachten sei, wird angeführt, daß das gleiche Bedenken bei jedem andern Erzeugnis, zum Beispiel bei Eierersatz, Honigersatz usw., geltend gemacht werden könnte.

Dieser eigenartigen Auffassung der bayerischen Landespreisprüfungsstelle gegenüber bemerkt die „Farberzeitung“, daß zu wünschen wäre, daß die betreffende Verfügung des bayerischen Ministeriums des Innern bald aufgehoben würde; denn gerade das bayerische Handwerk werde in erster Linie schwer geschädigt. Aber auch die angezogene Entscheidung des Reichsgerichtes bilde den besten Gegenbeweis für die Auffassung der genannten Behörde. Denn Leinölfirnisersatz wird niemals ein Bedürfnis der Gesamtheit des Volkes sein, sondern nur von ganz bestimmten Industrien und Gewerben für ganz bestimmte Zwecke gebraucht werden. Zu dieser Beurteilung bedürfte es nicht einmal fachmännischen Wissens.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstr. 2. Abschriften billigst. Auskünfte frei.

Angemeldete Patente: Nr. 75 c. 22. S. 45 161. Leipziger Tangier-Manier, Alexander Grube, Leipzig; Spritzapparat für Handbetrieb. 5/4. 17. — Nr. 75 a. 2. F. 41 644. Firma Th. Fendt, Marktberdorf, Bayern; Vorrichtung zum Aufprägen von Verzierungen auf mit Metall überzogenen Leisten. 16/2. 17.

Erteilte Patente: Nr. 22 g. 1. 300 939. Dr. Karl Reuber, Berlin-Dahlem; Verfahren zur Herstellung von Lösungsmitteln für Farbstoffe. 21/11. 16. — Nr. 75 b. 24. 299 552. Ernst Friebe, Schönebeck a. d. E. Verfahren zur Nachbildung von Edelholzurnieren. 7/8. 14. — Nr. 57 b. 16. 299 925. Ferd. Hammer, Pforzheim; Verfahren zum Herstellen von Emailbildern auf metallenen Schmuckgegenständen. 8/11. 14.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Mappe“. Illustrierte Zeitschrift für Malerei. Jährlich erscheinen 12 Monatshefte und 52 Wochennummern. Abonnementpreis für Deutschland M 3, für Oesterreich-Ungarn Kr. 5, Ausland M 4,50 vierteljährlich. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. Von dieser in allen Kollegentreisen bestbekannteste und geschätzteste Fachzeitschrift ist jeben das Septemberheft erschienen. Es bringt unter anderem Tafel 21: Sommer, entworfen von Ignaz Deichauer in München; Tafel 22: Decke für ein Herrenzimmer, entworfen von Emil Bloß, zurzeit im Felde; Tafel 23: Decke in Graumalerei, entworfen von R. M.; Tafel 24: Monogramme, entworfen von Rud. Kef, zurzeit im Felde. Der mit großer Umsicht und auf Erfahrung hinweisende textliche Teil enthält unter anderem einen interessanten Beitrag zum Berufsdünkel unter der Ueberschrift: „Anstreicher und Künstler.“

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistisches Wochenschrift, Herausgeber: Parvus. (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68.) Das eben erschienene Heft 28 enthält unter anderem folgende Artikel: Heinz Cunow: Henderson, Renaudet & Co. Ludwig Quessel, Dr. v. D.: Die Praxis des Parlamentarismus. Paul Ambreit: Zur Monopollfrage. Reinb. Werner: Zur künftigen Finanzlage der Städte. R. Schiller: Um die Errichtung von 80 000 Bergarbeiterfamilien! Heinz Dickreiter: Dich gilt's zu schützen, Heimat! Wollen. — Einzelhefte 80 M, vierteljährlich M 3,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

„Haus, Garten, Feld.“ Diese empfehlenswerte Halbmonatsschrift ist ein trefflicher Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tiergärtner und Tierfreunde, Haus und Familie und durch die fruchtbarsten Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, zu beziehen. Heft 14 und 15 sind jeben erschienen. Vierteljährlich sechs Hefte. Vierteljahrspreis 85 M. Probehefte unberechnet.

Abrechnung vom zweiten Quartal 1917.

Einnahme	
A. der Filialen:	
Beiträge	M. 80 480,80
Eintrittsgelder	787,50
Duplikate	6,—
Protokolle	—,40
Extramarken	82,75
Sonstige Einnahme	19,60
B. der Hauptkaffe:	
Zinsen	5 840,—
Sonstige Einnahme	77,60
Summa... M. 88 764,25	

Ausgabe	
A. der Filialen:	
Arbeitslosenunterstützung	M. 201,50
Krankenunterstützung	18 995,90
Reiseunterstützung	6,—
Sterbeunterstützung	4 805,—
Gemahregeltenunterstützung	16,87
Familienunterstützung	66,—
Besonderer Zuschuß an die Filialen	8 968,16
Versicherungsbeiträge der Filialangestellten	466,49
Für die Frauen der eingezogenen Filialangest.	4 808,06
In den Filialen verbliebene Beiträge, Eintrittsgelder und Extramarken	16 484,65
B. der Hauptkaffe:	
Konferenzen	126,40
„Vereins-Anzeiger“	6 882,88
„Gewerkschaftliche Frauenzeitung“	85,08
„Lobwita“	108,81
Zaribewegung	788,85
Bibliotheken	201,98
Persönliche Verwaltungskosten	4 826,46
Sachliche Verwaltungskosten	1 655,88
Kriegsversicherung bei der Volkswirtschaft	15,—
Beitrag f. d. Internationale Malersekretariat.	416,25
Kosten der Agitationskommissionen	7 048,71
Ueberschuß im zweiten Quartal	15 596,69
Summa... M. 88 764,25	

G. Wenzler, Kassierer.

Hamburg, den 6. September 1917.

Revidiert und für richtig befunden:

Otto Streine, Vorsitzender. J. Heirich, Sekretär.
W. Ries, Ferd. Bindner, Revisoren.

Sterbetafel.

Dresden. Am 31. August verstarb nach langer Krankheit an Lungenleiden unser Kollege Paul Groß im Alter von 82 Jahren.

Mainz. Am 15. August starb der Kollege Fritj Handwerker im Alter von 50 Jahren.

Stuttgart. Am 24. August starb nach langem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied Julius Rhuen im Alter von 47 Jahren im Marienhospital.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinsteil.

Bericht der Hauptkaffe vom 3. bis 8. September.

Eingefandt haben: Berlin M 500, Augsburg 80, Kiel 600.

Wertzeichen wurden versandt (B = Beitragsmarken, E = Eintrittsmarken): Saarbrücken 100 B à 100 M, 100 B à 120. Birkburg 400 B à 80, 400 B à 100, 400 B à 120. Celle 10 E à 100. Finsterwalde 400 B à 80, 200 B à 120. Görlitz 600 B à 75, 400 B à 95, 200 B à 115. Grünberg in Schlesien 10 E à 100. Herford 5 E à 50. Düsseldorf 50 E à 100. Hamburg 3200 B à 85, 200 B à 105, 1600 B à 125. München 2000 B à 85, 100 E à 100. Rowaves 200 B à 115. Nürnberg 400 B à 85, 400 B à 105, 1200 B à 125, 400 B à 45, 200 B à 10. Düren 10 E à 100. Kaiserslautern 100 B à 110. Eisenach 100 B à 70. Jena 400 B à 70, 200 B à 110. Mannheim 4800 B à 120.

Die Woche vom 16. bis 22. September ist die 38. Beitragswoche. G. Wenzler, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 35 des „Correspondenzblattes“ bei.



Gedenktafel

Sie ruht im Kriege gefallenen Kollegen.

- Behre, Carl, Mitglied der Filiale Cassel, geb. 27. 2. 88 zu Cassel, seit 1. 11. 10 im Verband.
- Blüthgen, Friedr., Mitglied der Filiale Bielefeld, geb. 28. 7. 88 zu Bielefeld, seit 16. 4. 11 im Verband.
- Bonk, Will, Mitglied der Filiale Bismarck, geb. 4. 2. 88 zu Weimar, seit 4. 2. 06 im Verband.
- Brause, Carl, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 31. 5. 77 zu Berlin, seit 13. 4. 19 im Verband.
- Brauns, Jonni, Mitglied der Filiale Gamburg, geb. 17. 8. 87 zu Bismarck, seit 15. 2. 07 im Verband.
- Dallach, Julius, Mitglied der Filiale Cassel, geb. 5. 5. 76 zu Cassel, seit 1. 7. 06 im Verband.
- Darlow, Will, Mitglied der Filiale Magdeburg, geb. 18. 7. 79 zu Bismarck, seit 21. 4. 1900 im Verband.
- Dering, Ferdinand, Mitglied der Filiale Cassel, geb. 18. 11. 84 zu Klein-Almerode, seit 2. 4. 06 im Verband.
- Geckart, Heinrich, Mitglied der Filiale Bismarck, geb. 30. 11. 90 zu Magdeburg, seit 14. 4. 09 im Verband.
- Geggers, Dietrich, Mitglied der Filiale Bremen, geb. 16. 11. 85 zu Bremen, seit 9. 2. 10 im Verband.
- Gemlich, Fritj, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 7. 8. 90 zu Ober-Darmstadt, seit 9. 6. 07 im Verband.
- Englert, Robert, Mitglied der Filiale Heidelberg, geb. 15. 1. 95 zu Heidelberg, seit 25. 8. 16 im Verband.
- Frahm, Will, Mitglied der Filiale Magdeburg, geb. 18. 4. 95 zu Magdeburg, seit 17. 2. 14 im Verband.
- Frank, Will, Mitglied der Filiale Göttingen, geb. 30. 8. 93 zu Eberstadt, seit 22. 7. 11 im Verband.
- Gleason, Josef, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 18. 2. 88 zu Posen, seit 16. 1. 09 im Verband.
- Gottschling, Georg, Mitglied der Filiale Göttingen, geb. 8. 2. 87 zu Greifenberg, seit 15. 5. 04 im Verband.
- Grafe, Georg, Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. 28. 4. 90 zu Chemnitz, seit 11. 4. 10 im Verband.
- Graf, Nikolaus, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 28. 2. 86 zu Beverungen, seit 27. 7. 11 im Verband.
- Hammermüller, W., Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. 20. 9. 88 zu Dornthal, seit 21. 7. 12 im Verband.
- Hartmann, Fritj, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 12. 10. 98 zu Lehe, seit 4. 4. 16 im Verband.
- Herold, Johann, Mitglied der Filiale Cassel, geb. 28. 1. 89 zu Kirchhimbild, seit 2. 5. 07 im Verband.
- Höflich, Reinhold, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 15. 12. 76 zu Breslau, seit 1. 1. 05 im Verband.
- Humbermar, Adolf, Mitglied der Filiale Cassel, geb. 17. 8. 79 zu Cassel, seit 8. 9. 11 im Verband.
- Jiricek, Oswald, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 16. 11. 80 zu Berlin, seit 7. 8. 06 im Verband.
- Kappelmann, Dietr., Mitglied der Filiale Gamburg, geb. 26. 8. 92 zu Elmshorn, seit 25. 8. 10 im Verband.
- Kaschorek, Friedr., Mitglied der Filiale Gamburg, geb. 29. 7. 81 zu Elmshorn, seit 4. 8. 1900 im Verband.
- Kieslich, Alfons, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 28. 8. 78 zu Lohz, seit 1. 1. 05 im Verband.
- Klinging, Ferd., Mitglied der Filiale Göttingen, geb. 8. 6. 89 zu Barchfeld, seit 9. 8. 08 im Verband.
- Kloffe, Friedrich, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 27. 5. 79 zu Breslau, seit 8. 10. 09 im Verband.
- Lane, Wilhelm, Mitglied der Filiale Gamburg, geb. 18. 6. 95 zu Gamburg, seit 15. 4. 14 im Verband.
- Leitz, Robert, Mitglied der Filiale Magdeburg, geb. 20. 5. 94 zu Stendal, seit 1. 10. 11 im Verband.
- Leonhardt, Alwin, Mitglied der Filiale Berlin, geb. 2. 11. 80 zu Eisenberg, seit 4. 2. 1900 im Verband.
- Len, Ernst, Mitglied der Filiale Neumünster, geb. 11. 3. 79 zu Bismarck, seit 27. 8. 04 im Verband.
- Linde, Fritj, Mitglied der Filiale Halle a. d. S., geb. 11. 10. 98 zu Halle a. d. S., seit 1911 im Verband.
- Mantl, Joh., Mitglied der Filiale München, geb. 31. 12. 76 zu Guggling, seit 18. 2. 06 im Verband.
- Meier, Carl, Mitglied der Filiale Bremen, geb. 9. 11. 82 zu Mienborn, seit 17. 1. 19 im Verband.
- Münzer, Wilhelm, Mitglied der Filiale Gamburg, geb. 18. 12. 86 zu Gamburg, seit 3. 9. 05 im Verband.
- Neumann, Reinb., Mitglied der Filiale Düsseldorf, geb. 11. 2. 76 zu Freydenwalde, seit 28. 2. 07 im Verb.
- Nike, Heinrich, Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 26. 6. 92 zu Barchfeld, seit 25. 4. 11 im Verband.
- Obermann, J., Mitglied der Filiale Bremerhaven, geb. 16. 11. 96 zu Hemm, seit 18. 4. 15 im Verband.
- Pfleging, Fritj, Mitglied der Filiale Cassel, geb. 5. 11. 91 zu Uchlag, seit 2. 8. 13 im Verband.
- Poppenhäger, Georg, Mitglied der Filiale Cassel, geb. 10. 5. 90 zu Altenritte, seit 15. 5. 08 im Verband.
- Sacher, Otto, Mitglied der Filiale Chemnitz, geb. 28. 2. 87 zu Oederan, seit 16. 4. 10 im Verband.
- Sachse, Carl, Mitglied der Filiale Halle a. d. S., geb. 27. 6. 88 zu Frankenhäusen, seit 1908 im Verband.
- Saffe, Edmund, Mitglied der Filiale Halle a. d. S., geb. 12. 11. 90 zu Siebichenstein, seit 1909 im Verband.
- Schröder, Otto, Mitglied der Filiale Gamburg, geb. 12. 6. 95 zu Gamburg, seit 3. 5. 14 im Verband.
- Schwieder, Ernst, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 13. 10. 87 zu Ohlau, seit 13. 11. 05 im Verband.
- Siewers, Albert, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 25. 1. 90 zu Minden i. B., seit 19. 7. 14 im Verband.
- Steiner, Emil, Mitglied der Filiale München, geb. 12. 8. 80 zu Coburg, seit 10. 5. 08 im Verband.
- Stieh, Herm., Mitglied der Filiale Bismarck, geb. 16. 9. 87 zu Bant, seit 4. 8. 07 im Verband.
- Zimmermann, Fr., Mitglied der Filiale Hannover, geb. 17. 9. 87 zu Sülfengern, seit 20. 3. 11 im Verband.

Ehre ihrem Andenken!